
Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal liegt ein randvoller BBU-Newsletter vor Euch. Er enthält wie gewohnt eine Mischung unterschiedlicher Informationen rund um die Themen, die Euch, die BBU-Mitglieder, bewegen. Themen wie der Widerstand gegen die Atomindustrie, Gentechnik in der Landwirtschaft und Gewässerschutz, aber auch Infos über die Kriminalisierung der Umweltbewegung prägen den Inhalt. Die BBU-Newsletter-Redaktion empfiehlt, nicht nur die Beiträge zum eigenen Themenbereich zu lesen, sondern themenübergreifend alle Inhalte zu berücksichtigen. Und gerade das zeichnet ja auch die BBU-Mitglieder aus: Ihr habt nicht nur das eigene Anliegen vor der Haustür im Auge, sondern blickt über den Tellerand hinaus – und handelt auch dementsprechend.



Bei strahlendem Sonnenschein, und einen Kalender mit fliegenden Wildgänsen vor Augen, wünscht Euch die BBU-Newsletter-Redaktion noch einige angenehme Winterwochen...

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Was gibt es Schöneres im Leben ...

... als sich zur BBU-Mitgliederversammlung zu begeben ...?

Wie schon angekündigt, findet die nächste BBU-Mitgliederversammlung am 26. März in Bonn statt. Die schriftlichen Einladungen liegen Euch (den BBU-Mitgliedern) inzwischen auch vor. (Bitte Adressänderungen unbedingt der BBU-Geschäftsstelle mitteilen: 0228-214032, bbu-bonn@t-online.de). Alle BBU-Mitglieder sollten spätestens jetzt den Termin in ihren Terminkalendern eintragen!

Da Vorstandsmitglieder zu wählen sind, sollten alle Mitgliedsgruppen des BBU ernsthaft überlegen, wen sie möglicherweise aus ihren Reihen für eine Vorstandskandidatur vorschlagen möchten. Bitte bedenkt, dass durch die Mitarbeit im Vorstand ein örtliches Problem noch viel besser in die breite Öffentlichkeit transportiert werden kann. Zudem ist die Mitarbeit im BBU-Vorstand die beste Garantie gegen Langeweile an kalten Winterabenden... Und da die Mitgliederversammlung kurz nach dem Frühlingsanfang erfolgt, kann nicht ausgeschlossen werden, dass neue Mitglieder im Vorstand mit einem Frühlingsstrauß willkommen geheißen werden ... Also: Traut Euch!

Und nicht vergessen: Ihr erleichtert unserer Geschäftsführerin Christine Ellermann die Vorbereitung zur Mitgliederversammlung, wenn Ihr die Delegierten eurer BI möglichst umgehend anmeldet (und die Beitragszahlungen nicht vergesst, sofern die noch nicht erfolgt sein sollten). (UB)

AKW Cattenom (Frankreich)

Harald Gülzow (Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand) hat die BBU-Newsletter-Redaktion auf neue Zwischenfälle im AKW Cattenom hingewiesen. Arbeiter wurden verstrahlt und radioaktive Stoffe traten aus. Das berichtete am 10. Februar der Trierischer Volksfreund unter

<http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/rheinlandpfalz/rheinlandpfalz/Heute-im-TV-Verstrahlte-Arbeiter-rissige-Betonplatten;art806,2682231>.

2. Themenbereiche

Artenschutz

(UB) Für das Jahr 2011 hat die Arbeitsgemeinschaft „Mensch und Umwelt“ Hainburg e. V. (AMU) ein umfangreiches Programm ausgearbeitet. Kommende Veranstaltungen wie „Frühblüherwanderung“ und „Vogelstimmenwanderung“ lassen das noch weit entfernte Frühjahr in greifbare Nähe rücken. Informationen über alle Termine und Veranstaltungen, die auch zur Nachahmung einladen, findet man unter <http://www.amu-hainburg.de/Termine.html>.

Die AMU ist eine Mitgliedsinitiative des BBU und wurde bereits 1977 gegründet.

Atomindustrie

600 demonstrierten am 30. Januar beim Atomforschungszentrum in Jülich

In die Debatte um drohende Atommülltransporte vom Atomforschungszentrum Jülich in das westfälische Atommülllager Ahaus hat sich erneut der BBU eingeschaltet. Der Umweltverband hat sich dabei eindeutig wieder gegen die Atommülltransporte nach Ahaus ausgesprochen. Von der Landesregierung forderte der BBU eine Garantie darüber, dass die hochgefährlichen Transporte unterlassen bleiben. Gleichzeitig kritisierte der BBU, dass im Jülicher Forschungszentrum noch immer Atomforschung betrieben wird.

Der BBU hatte ebenso wie viele Initiativen, Verbände und Parteien zu der Demonstration am Atomforschungszentrum aufgerufen, an der sich am Sonntag rund 600 Personen beteiligt hatten. Bei der Abschlusskundgebung hatte sich BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz für den sofortigen Atomausstieg, gerade auch in NRW, und generell gegen Atomtransporte ausgesprochen. Gleichzeitig hatte Buchholz darauf hingewiesen, dass über das Jülicher Atomforschungszentrum eine deutsch-russische Kooperation im Bereich der Kernfusion abgewickelt wird. Buchholz zitierte bei der Kundgebung aus der Internetseite des Forschungszentrum':

„Physiker aus dem Forschungszentrum Jülich und ihre Kollegen im russischen Gatchina wollen für einen neuen Ansatz zur Kernfusion das technische Equipment zusammenstellen, um einen seit Jahrzehnten aufgeschobenen Versuch zur doppelt polarisierten Kernfusion durchzuführen. Damit könnten ab 2011 die theoretischen Vorhersagen zur Änderung der Fusionsraten durch Einsatz von polarisierten Teilchen endlich im Experiment geprüft werden. Dazu schickt das Jülicher Institut für Kernphysik eine Atomstrahlquelle in die russische Forschungseinrichtung in der Nähe von St. Petersburg (...).“ <http://www.fz-juelich.de/portal/presse/kurznachrichten/november2009> Der BBU kritisiert, dass die Forschung im Bereich der Kernfusion extrem teuer ist, obwohl Erfolge nicht absehbar sind.

Gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 01.02.2011, <http://www.westcastor.de/bbu.pdf>. Weitere Informationen zum Atomstandort Jülich und über den dortigen Widerstand unter www.westcastor.de.

Klage wird Gorleben stoppen / BI Umweltschutz fordert von Röttgen, Gorleben aufzugeben

"Heute weisen wir - die Kläger im Schulterschluss mit dem Widerstand - dem Bundesumweltminister Norbert Röttgen erneut einen Weg: überfällig ist die Aufgabe des untauglichen Salzstocks als Atommüllendlager. Wenn Politiker nicht den Mut haben, aus Fehlern zu lernen, müssen die Gerichte sie stoppen", sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Aus der Akteneinsicht der Bürgerinitiative und vor allem der Umweltorganisation Greenpeace, die die Klage unterstützt, gehe eindeutig hervor, dass die Wahl des Bergrechts anstelle des Atomrechts gezielt darauf gerichtet war, in Gorleben ohne Bürgerbeteiligung vollendete Tatsachen zu schaffen. So heißt es in einem Vermerk der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt aus dem Jahr 1979: "Die Vorgehensweise ermöglicht eine zügige Realisierung des Projektes bis zum Einlagerungszeitraum, da keine Verzögerung durch Einsprüche im

Planfeststellungsverfahren auftreten". Gleichwohl hatte die PTB nach Abschluss der Tiefbohrungen von sich aus geraten, wegen der negativen Befunde - Wasserkontakt, von den Gaseinschlüssen war gar nicht die Rede

- neben Gorleben auch andere Standorte auf Eignung zu untersuchen, wurde aber von der Kohl-Regierung zurückgepfiffen. Ehmke: "Die Fortschreibung dieses zutiefst undemokratischen Verfahrens verbietet sich."

Aus einer Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 11.02.2011. Die BI ist Mitglied im BBU.

Infos: www.bi-luechow-dannenberg.de.

Bundesweiter Aufruf zur Menschenkette vom AKW Neckarwestheim nach Stuttgart

Bis über das Jahr 2040 hinaus hat die Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert. Diese Klientelpolitik dient alleine den Stromkonzernen: Ihnen spült der Atom-Deal Zusatzgewinne von fast 100 Milliarden Euro in die Kassen.

Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wurde über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden. Wir wollen raus aus einer Technologie, die ein verheerendes Unfallrisiko birgt, den dringend notwendigen Ausbau Erneuerbarer Energien blockiert und tausenden Generationen tödlichen Atommüll aufbürdet. Wir wollen die Atomkraftwerke abschalten – und zwar jetzt!

Baden-Württembergs Ministerpräsident Mappus und seine Landesregierung gehören zu den größten Verfechtern der Atomenergie. Die kommende Landtagswahl im „Ländle“ ist damit auch eine Abstimmung über die schwarz-gelbe Atompolitik. Eine neue Landesregierung muss den Atomausstieg selbst in die Hand nehmen – und die baden-württembergischen Meiler in Neckarwestheim und Philippsburg abschalten. Hierzu braucht es eine konsequente Atomaufsicht, die höchste Sicherheitsanforderungen stellt und den Betrieb der Reaktoren damit unrentabel macht. Zugleich verlangen wir einen konsequenten Ausbau Erneuerbarer Energien – dezentral und bürgernah.

Zwei Wochen vor der Landtagswahl senden wir ein spektakuläres Signal gegen den Atom-Deal: Auf Atomkraft setzen? Nicht mit uns! Mit zigtausenden Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet werden wir am 12. März eine große Aktions- und Menschenkette zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und dem AKW Neckarwestheim bilden. Die Alternativen zur Risikotechnologie Atomkraft sind längst da, sie müssen nur durchgesetzt werden. Die Zukunft ist erneuerbar – im Dreiklang von Erneuerbaren Energien, Energiesparen und Energieeffizienz. Jetzt nehmen wir den Ausstieg selbst in die Hand!

Umfassende Informationen unter www.anti-atom-kette.de.



Lubmin

(UB) Infos über die Proteste gegen den aktuellen Atommülltransport nach Lubmin findet man hier: www.lubmin-nixda.de. In einer Pressemitteilung des BBU vom 15.02. heißt es dazu: „Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht in der ständigen Atommüllverschieberei von einem Atommüll-Lager zum anderen ein Armutzeugnis der Atomindustrie. Der BBU hat sich mit Nachdruck erneut gegen den aktuellen Atommülltransport in das Atommüll-Lager Lubmin ausgesprochen. Grundsätzlich fordert der BBU die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, damit kein weiterer Atommüll produziert wird.“

Aus: <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/15.02.11.htm>

Ostermontag gegen Atomkraft

(UB) Ein bundesweites Planungstreffen für Anti-Atomkraft-Aktionen an Atomanlagen am Ostermontag hat am 29. Januar in Kassel stattgefunden. Geplant werden derzeit Kundgebungen und Demonstrationen an verschiedenen AKW-Standorten, bei (geplanten) Atommüll-Standorten und ein Ostermarsch zur einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau. Es wurde bereits ein bundesweiter Aufruf beschlossen, ein bundesweites Mobilisierungsplakat und weitere, auch regionale, Materialien werden erstellt. Nähere Informationen zum Stand der Planungen gibt es u. a. beim AK Energie des BBU unter Tel. 02562-23125.

Die Planungen zu den Anti-Atomkraft-Aktionen erfolgen in Kooperation mit dem Netzwerk Friedenskooperative, um eine bestmögliche Abstimmung der Protestaktionen mit den bundesweiten Ostermarschaktivitäten zu erzielen. Eine Terminübersicht über bereits geplante Aktionen gibt es unter

<http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/om2011.htm> bzw.

<http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/25tscher.htm>.

CO2-Endlagerung

Protest gegen Kohle und CCS vor der schwedischen Botschaft in Berlin

140 Vertreter von Bürgerinitiativen gegen CO2-Verpressung, Bürger aus der Lausitz und Politiker protestierten heute gegen den staatlichen schwedischen Energiekonzern Vattenfall und übergaben einen Offenen Brief an die Botschaft Schwedens. Das Protestbündnis fordert vom schwedischen Staat einen schrittweisen und sozialverträglichen Ausstieg aus der Verbrennung von Braunkohle, keinen Neuaufschluss von Tagebauen, keinen Neubau von Kohlekraftwerken und CO2-Verpressung in Deutschland zuzulassen. Hintergrund sind die Pläne des Staatsunternehmens Vattenfall im Osten Brandenburgs und in der Altmark seinen CO2-Industriemüll aus Kohlekraftwerken unter besiedeltem Gebiet zu verklappen. Dafür sollen neue Tagebaue in der Lausitz aufgeschlossen und Dörfer abgebaggert werden. Aus einem Bericht vom 29.01.2011, Quelle: <http://www.co2-endlager-stoppen.de/home>.

Die [BI CO2 Endlager stoppen e.V.](http://www.co2-endlager-stoppen.de/home) ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Eine Welt

Stadtoasen e. V. bittet um Unterstützung

Liebe Stadtoasler, Freunde und alle, die unsere Arbeit kennen und schätzen!

Wir sind nach wie vor sehr aktiv in der Partnerschaft zwischen Aachen und Kapstadt tätig. Die Partnerschaft hatte sich bei einem Wettbewerb der dm-Drogeriemarktkette und der UNESCO beworben (mit mehr als 4000 Konkurrenten). Und nun hat eine Expertenjury bundesweit die 10 (zehn!) beispielhaftesten Projekte ausgewählt! UND WIR SIND DABEI !!! Nun wollen wir natürlich auch gewinnen und dazu benötigen wir eure/Ihre Hilfe. Die Projekte stehen zum 25.2. zur Internet-Abstimmung: <http://www.ideen-initiative-zukunft.de/sonderpreis>. Bitte stimmt für uns ab und sagt es möglichst vielen anderen weiter! Vielen, vielen Dank!

Norbert Kuntz, Stadtoasen e.V., www.stadtoasen.de (Aus einer Zuschrift an die BBU-Newsletter-Redaktion). Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Stadtoasen e. V. ist eine Mitgliedsinitiative des BBU. Bitte nehmt Euch drei Minuten Zeit und unterstützt das Anliegen!

Energiepolitik

Ökostrom

(UB) Die Müllheimer Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz (Agus Markgräflerland e. V.), die dem BBU angehört, hat Ende Januar eine Veranstaltung zum Thema Ökostrom durchgeführt. Hier ein Pressebericht über die Veranstaltung: <http://www.badische-zeitung.de/muellheim/worauf-es-bei-oekostrom-ankommt>. Ergänzend sei an dieser Stelle auf die Kampagne ASM (Atomausstieg selber machen) hingewiesen, an der sich auch der BBU beteiligt: <http://www.atomausstieg-selber-machen.de>.

Auf der Homepage von ASM heißt es unter Bezug auf die Stiftung Warentest: "Wer mit der Wahl eines Stromtarifs ein Zeichen für Klimaschutz und Energiewende setzen will, sollte einen Anbieter wählen, der ausschließlich umweltschonend erzeugten Strom verkauft. Im Test sind das EWS Schönau, Greenpeace Energy, Lichtblick und Naturstrom." Der BBU hat bereits vor geraumer Zeit eine Kooperation mit EWS Schönau begonnen, von der auch BBU-Mitglieder profitieren können. Nähere Informationen dazu gibt es unter <http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>. Telefonische Auskünfte zur BBU-EWS-Kooperation gibt es in der Bonner BBU-Geschäftsstelle unter 0228-214032.

Hamburger Bürgerschaftswahl: Entscheidung über Rekommunalisierung der Energieversorgung

Am 27. Februar fällt in der Bürgerschaftswahl in Hamburg auch eine Entscheidung darüber, ob Hamburg die Rekommunalisierung seiner Strom-, Fernwärme und Gasnetze einleiten wird, oder weiterhin im Würgegriff der Energiemultis verbleibt. Vor diese Entscheidung werden die kandidierenden Parteien durch die politisch breit angelegte Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ gestellt, die vom Hamburger Senat den vollständigen Rückkauf der Energienetze fordert. Für die Einleitung eines Volksbegehrens hatte die Initiative im Juni 2010 bereits 75 000 Unterschriften gesammelt.

Der noch vor kurzem amtierende schwarz-grüne Senat hielt sich zur Rekommunalisierungsforderung bedeckt, da er uneinig war. Zur Bürgerschaftswahl müssen nun aber alle Parteien Farbe bekennen.

Die nach dem Koalitionsbruch der GAL allein regierende CDU lehnt in neoliberaler Grundhaltung einen Rückkauf der Energienetze als unnötig und zu teuer ab. Dies gilt erst recht für die FDP, die aber gar nicht in der Bürgerschaft vertreten ist und wohl auch keine Chancen auf einen Einzug besitzt.

Die SPD, die sich Hoffnungen macht, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, eiert etwas herum. Sie setzt sich wohl für einen Rückkauf ein, möchte diesen aber kostenneutral gestalten. Deshalb strebt sie nur eine staatliche Minderbeteiligung von 25,1 % an. Die GAL, die als möglicher Koalitionspartner der SPD gilt, setzt sich für „eine möglichst weitgehende Übernahme“ ein, ohne sich auf einen konkreten Beteiligungsgrad festzulegen. Für DIE LINKE, ebenfalls in der Bürgerschaft vertreten, kann nur eine vollständige Überführung der Energieversorgung in öffentliches Eigentum soziale Preise und langfristig eine hundertprozentige Nutzung von erneuerbaren Energien garantieren.

Wolfgang Guhle, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied + BI Uhlenhorst

Gasförderung

Erdgasbohrungen können Erdbeben verursachen

(UB) Die sogenannten unkonventionellen Erdgasbohrungen können Erdbeben verursachen. Das berichtet das online-Portal Verivox, nachzulesen unter

<http://www.verivox.de/nachrichten/geologen-erdgasbohrungen-koennen-erdbeben-verursachen-66607.aspx>.

Gegen die Bohrungen, bzw. Bohrungspläne, regt sich zunehmend Widerstand. Mehr dazu unter

<http://www.gegen-gasbohren.de>.

Gentechnik

Vielfalterleben setzt sich gegen Gentechnik und für Vielfalt ein.

Die Kampagne Vielfalterleben soll eines der größten bundesweiten Engagements von vielen gleichgesinnten Partnern gegen Agro-Gentechnik und für die Förderung und den Erhalt von Vielfalt werden. Wichtigster Meilenstein der Aktion ist die öffentliche Petition mit der Forderung „Agro-Gentechnik jetzt stoppen!“ Stellvertretend für alle Akteure wird der Gentechnik-Experte Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), die Petition einreichen, die ein Anbau-Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen sowie gesetzliche Grundlagen für regionale Anbauverbote fordert. Voraussichtlicher Beginn der sechswöchigen Zeichnungsfrist für die Petition ist Ende Mär. Ziel ist es, in den ersten drei Wochen der Frist mindestens 50.000 Unterschriften zu sammeln, um eine öffentliche Anhörung vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu erreichen.

Zeitgleich zum Kampagnenstart am 15. Februar beginnen zudem eine Sammlung von Unterschriften gegen Agro-Gentechnik – in Schriftform und online – sowie der Verkauf von acht verschiedenen biologischen und damit gentechnikfreien Saatgutsorten. Der Erlös aus dem Verkauf der Tütchen unterstützt den Saatgutfonds der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und den Verein für wesensgemäße Bienenhaltung Mellifera. Den voraussichtlichen Abschluss der Kampagne bildet die Übergabe der Unterschriftenkarten: Die Initiatoren von Vielfalterleben werden diese im Sommer 2011 an Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, übergeben.

Dreh- und Angelpunkt von Vielfalterleben ist die Website www.vielfalterleben.info. Hier finden Verbraucherinnen und Verbraucher die verschiedenen Mitmachoptionen, laufend neue Informationen sowie alle aktuellen Termine.

Aus einer Pressemitteilung der Kampagne vom 15.02.2011

Gewässerschutz

Ergebnisse der Oder-Messfahrt bestätigen: Auen führen zur Verringerung der Nitratbelastung

Im Oktober 2010 führte der VSR-Gewässerschutz eine Messfahrt an der Oder von Polecko bis Gryfino durch. Bis Hohenwutzen lag die Nitratkonzentration weitgehend unverändert im Bereich um 11 Milligramm pro Liter. Erst ab Schwedt kam es zu einer Verringerung der Nitratkonzentration. Dass hier die Nitratwerte im Oderwasser sinken, liegt am Nationalpark Unteres Odertal. Hier wurde ein hoher Anteil der ursprünglichen Auen erhalten. Diese wirken als natürliche biologische Kläranlagen, die die Nährstoffe dem Oderwasser entnehmen. Die teilweise noch intakten Auen führen dazu, dass das Stettiner Haff durch die Oder mit weniger Nährstoffen belastet wird. Trotzdem transportiert die Oder mit 9,3 Milligramm Nitrat pro Liter in Gryfino noch zu viel Nitrat in Richtung Stettiner Haff. Da es bis auf drei schmale Arme vollständig von Land umschlossen ist, kommt es durch die Belastung der Oder zur starken Eutrophierung. Während das Oderwasser sich durch das Haff bewegt werden ihm Nährstoffe entzogen. Ausgeprägte Algenblüten, abnehmende Sichttiefe und zeitweise Sauerstoffmangelsituationen sind in so einem inneren Küstengewässer

die Folge. Auch belastet das Oderwasser trotz der Verzögerung und des Nährstoffezuges im Haff letztendlich immer noch die Pommersche Bucht. Erst letzten Sommer bedeckte ein riesiger Algenteppich zwischen Finnland und der Pommerschen Bucht einen Teil der Ostsee. Sterben die Algen ab, wird besonders viel Sauerstoff verbraucht und giftiger Schwefelwasserstoff gebildet, der allen Organismen am Ostseegrund schadet. Die Oder trägt zusammen mit den anderen Flüssen die in der Ostsee münden erheblich dazu bei. Die Forderungen des VSR-Gewässerschutz kann man unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/4.html> nachlesen.

Harald Gülzow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU

Kritischer Film „Water makes money“: Schafft Money sein Verbot?

2010 hatten die kritischen Dokumentarfilmer Herdolor Lorenz und Leslie Franke ihren Film „Water makes money“ herausgebracht und in über 200 Kinovorführungen vorgeführt und auf über 1000 DVDs vertrieben. Der Film wurde von NGOs im Rahmen eines Crowdfundings finanziert, u. a. auch von BUND, Robin Wood, Naturfreunde und Ver.di. Konstantin Wecker steuerte die Musik bei.

Da sich der Film kritisch mit der Privatisierung der Wasserwirtschaft auseinandersetzt und die Profite großer europäischer Unternehmen offenlegt, ist er in die juristische Schusslinie der Privatisierungsprofiteure geraten. Der französische Konzern VEOLIA versucht den Film richterlich verbieten zu lassen und hat bereits erreicht, dass in Paris ein Untersuchungsrichter den Vorwurf der Staatsanwaltschaft auf Verleumdung untersucht. Die Untersuchung ist auf ein auf Deutschland ausgerichtetes Rechtshilfeersuchen ausgeweitet worden, in dessen Rahmen polizeiliche Ermittlungen durchgeführt werden.

Veolias Versuch, unliebsame Filme aus der Öffentlichkeit zu verbannen, hat bereits Tradition. Als Leslie Franke und Herdolor Lorenz es 2005 wagten, in einem mit dem NDR koproduzierten Film ("Wasser unterm Hammer") über die Praxis der Geheimverträge bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserwerke aufzuklären, wurde der Konzern beim NDR vorstellig. Er erreichte nach eigenen Angaben sogar im Einvernehmen mit ARD-Chefredakteur Volker Herres, dass der Film nicht mehr ausgestrahlt werden durfte. Und das, obwohl der Dokumentation kein einziger inhaltlicher Fehler nachgewiesen werden konnte.

Noch kann in Kinovorstellungen der Film gezeigt werden. Noch hält ARTE an seiner Ausstrahlung am Internationalen Tag des Wassers (22.03.2011, 20:15 Uhr) fest. Wer sich für den Film interessiert oder Lorenz und Franke unterstützen will, kann Kontakt aufnehmen unter der Emailadresse film@watermakesmoney.org.

Wolfgang Guhle, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied

Kriminalisierung und Solidarität

Anti-Atom-Aktivist verurteilt

Am 01.02. fand vor dem Recklinghäuser Amtsgericht der vorerst letzte Prozesstag in der Gerichtssposse um einen angeblichen Verstoß gegen das Versammlungsrecht in Datteln statt. Am 17.03.2010 hatte die Polizei eine Versammlung von 3 Personen vor der Dattelner Stadthalle, in der zu diesem Zeitpunkt eine richtungweisende Abstimmung bzgl. des Baus eines E.ON-Kohlekraftwerks stattfand, beanstandet. In der Gerichtsverhandlung ging es dann entlang der Grenze zur Komödie um die Frage, ob nun alle 3 Personen wegen des Kraftwerks in Datteln oder wegen des an diesem Tag veröffentlichten Beschlusses zur Wiederaufnahme der Erkundung des Salzstocks in Gorleben zur Atommüllendlagerung demonstrieren wollten.

In ersterem Falle wäre die Versammlung anmeldepflichtig gewesen, weil der Stadtratstermin länger bekannt war, in letzterem als Spontanversammlung auch ohne Anmeldung erlaubt, weil die Nachricht über die Gorleben-Erkundung erst zeitnah bekannt geworden war. (...)

Der Richter verurteilte den Angeklagten zu einer Strafe von 300 Euro zzgl. der Gerichtskosten. In seiner Urteilsbegründung schloss er sich weitestgehend der Staatsanwaltschaft an. In einigen Auslassungen, die wieder einmal tief blicken lassen, sagte er pauschal über demonstrative Aktionen: "Man weiß ja nie, was aus so einer Demo wird". Über die vorliegende Versammlung äußerte er: "Zum Glück ist nichts passiert". Empörung macht sich bei diesen Worten im Saal breit, der Richter ruft zur Ordnung und wirft einen Gerichtsbeobachter aus dem Saal. (...) Der Verurteilte überlegt nun in einem Berufungsverfahren vor ein höheres Gericht zu ziehen. Für die Prozess-, Straf- und Anwaltskosten wurde ein Spendenkonto eingerichtet. Spenden werden erbeten unter Kontonummer: 45 42 48 40, Volksbank Waltrop, Bankleitzahl: 426 617 17, Stichwort „Demonstrationsrecht“. Eine Spendenquittung kann über info@mega-waltrop.de erbeten werden.

Gekürzter Prozessbericht aus <http://de.indymedia.org/2011/02/299460.shtml>. Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Der Betroffene muss insgesamt 2000 Euro zahlen. Solidarische Hilfe ist gefordert!



Landwirtschaftspolitik

Demo-Nachlese „Wir haben es satt“

(UB) Auch Mitglieder der ANU Wendland (Arbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt) haben am 22. Januar in Berlin für eine neue Landwirtschaftspolitik demonstriert. Informationen und Fotos dazu unter <http://www.anu-wendland.de>. Weitere Presseberichte und Fotos über die Demonstration, zu der auch der BBU aufgerufen hatte, gibt es unter <http://www.wir-haben-es-satt.de>, eine Pressemitteilung des BBU unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/23.01.11.htm>.

Recycling von Baustoffen

Bauteilnetz Deutschland

bauteilnetz Deutschland ist ein bundesweites Kooperationsprojekt. Die Erfahrungen der Initiatoren im Bereich der Kommunikation, Logistik und Präsentation rund um das Thema der Wiederverwendung guter, gebrauchter Bauteile wurden in den letzten Jahren weitergegeben. Neben einer breit gefächerten Öffentlichkeitsarbeit, der Einrichtung einer Internet-Informationsplattform und eines Bauteilkataloges werden neue Bauteillager / -börsen im Aufbau unterstützt und beraten. Die Interessensgemeinschaft der Bauteilbörsen, im Besonderen die *bauteilbörse bremen*, übernimmt hierbei eine wichtige Rolle. An elf Standorten in Deutschland sind Bauteilbörsen mittlerweile aktiv oder in Vorbereitung.

Durch die Wiederverwendung möglichst vieler gut erhaltener, gebrauchter Bauteile soll im wesentlichen Abfall vermieden, Energie eingespart und CO₂ gemindert werden.

Das Forschungsvorhaben setzt auf weitere positive Effekte:

- Schaffung von Arbeitsplätzen in neu gegründeten Bauteilbörsen
- Bewusstseinsbildung im sparsamen Umgang mit Material, erlernte Nachhaltigkeit
- Erweiterung des Aufgabenspektrums für Abbruchunternehmen und Handwerksbetriebe: zur Umsetzung eines Material schonenden Rückbaus mit entsprechender Verbesserung des Absatzes zurück gebauter Bauteile
- Schaffung regionaler Kooperationsgemeinschaften
- Festlegung von Qualitätsstandards

Der Aufbau des *bauteilnetz Deutschland* wurde durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert. In diesem Zeitraum wurden elf weitere Projektpartner und neue Erfahrungen gewonnen. Nicht nur zukünftigen Börsen-Partnern wird weiter Unterstützung beim Aufbau von Lagern und Börsen gegeben. Zielgruppe sind alle die Erstinformationen und fachliche Beratung wünschen. Angebote für diese Unterstützung werden kurzfristig von den jeweiligen Partnern erarbeitet. Wir setzen die fehlenden Bausteine, vom Vortrag bis zum kompletten Starterpaket, zusammen. Anfragen bitte über info@bauteilnetz.de. Quelle und weitere Informationen: <http://www.bauteilnetz.de>.

Anmerkung der Redaktion: Die Idee der Bauteilbörsen ist sinnvoll und ausbaufähig. BBU-Mitgliedsinitiativen können vor Ort überlegen, ob vergleichbare Projekte eigenständig und / oder in Kooperation mit geeigneten PartnerInnen aus dem Bereich des Handwerks und der Lokalpolitik auf den Weg gebracht werden können. bauteilnetz Deutschland ist da sicherlich behilflich. Ideen und Erfahrungen bitte der Newsletter-Redaktion mitteilen.

3. Buchbesprechung

Helden im Schatten der Gesellschaft / Zivilcourage und Whistleblowing

Es ist durchaus nicht selbstverständlich, dass eine Wissenschaftsjournalistin den noch relativ jungen bzw. neuen Typ des Bürger- und Menschenrechtlers, den Whistleblower, thematisiert. Viele werden sich fragen, was Wissenschaft mit dem Problem des Whistleblowing zu tun hat? Aber wer Antje Bultmann kennt, weiß, dass sie in der Ethikschutz-Initiative und schon seit über fünfzehn Jahren engagiert für Whistleblower tätig ist und ihre Publikationen von Anfang an wissenschaftskritisch waren. Ich erinnere an die Bücher „Käufliche Wissenschaft“ (1994), „Gewissenlose Geschäfte“ (1996), „Vergiftet und allein gelassen“ (1996) und „Auf der Abschußliste“ (1997), alle im Knauer Verlag erschienen.

Schon die Titel lassen erkennen, dass es keine der üblichen wissenschaftsjournalistischen Bücher sind, die die meist in abgehobenen Welten spielenden Wissenschaftsprozesse popularisieren. Wie auch in diesem Buch, ist Antje Bultmann schon in ihren frühesten Veröffentlichungen entweder als Herausgeberin, Koautorin oder Autorin dem demokratisch unkontrollierten und allein deswegen schon hoch problematischen Zusammenspiel von Wissenschaft und Profitwirtschaft auf der Spur gewesen. Alle ihre Aktionen, Kongresse, Tagungen und Publikationen sind motiviert durch die nach Aufklärung schreiende Erkenntnis, dass das politisch gewollte und neuerdings durch den Bologna-Prozess hochschul- wie wissenschaftspolitisch forcierte Zusammenwirken von Forschung und Wirtschaft oft weit größere Probleme schafft, als es zu lösen verspricht.

Aus einer Buchbesprechung von Prof. Hans See, Business Crime Control

Antje Bultmann: Helden im Schatten der Gesellschaft, 2010, 190 Seiten, MICHAELS VERLAG ISBN-10: 3895392294



Impressum

BBU-Newsletter Nr. 2/ 2011, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.03.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.